
WIE STEHT ES UM ÖSTERREICHS NACHRICHTENDIENSTE? GESPRÄCH MIT THOMAS RIEGLER

geführt von Siegfried Beer und Madeleine Manowarda



© Markus Sibrava

Thomas Riegler,

Dr. phil., freischaffender Historiker in Wien.

Letzte Publikation: *Österreichs geheime Dienste. Vom Dritten Mann bis zur BVT-Affäre* (Wien 2019).

Kontakt: rieglerthomas@hotmail.com



Siegfried Beer,

Mag. et Dr. phil., geboren 1948 in Scheibbs, Niederösterreich; Professor für Allgemeine Neuere und Allgemeine Zeitgeschichte i.R. an der Karl-Franzens-Universität Graz. Er leitet das Botstiber Institute for Austrian-American Studies in Media, PA, USA.

Kontakt: siegfried.beer@uni-graz.at



Madeleine Manowarda,

Mag. phil., geboren 1947 in Graz, Pensionistin. Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Graz. Interessengebiete: Geschichte (Vertiefung der Studieninhalte), Norwegisch, Altersforschung, Überwachungsproblematik.

Kontakt: manowarda@gmx.at

Summary:

ON THE SITUATION OF AUSTRIA'S INTELLIGENCE SERVICES. A DISCUSSION WITH THOMAS RIEGLER

This is a conversation between Siegfried Beer, Madeleine Manowarda and the researcher and author Thomas Riegler, held a few days after the publication of the latter's most recent book, *Austria's Secret Services: From the Third Man to the BVT-Affair*, which explores the history of Austria's three intelligence services. The discussion examines the genesis and results of Riegler's study, which is structured in three parts: Foundations, the BVT-Affair and Case Studies. Riegler, a historian and political scientist, paints a colorful panorama of secret intelligence activities on Austrian soil spanning from 1918/19, though the focus of the narrative and interpretation clearly lies in the period following 1945. The author proves to be particularly knowledgeable about the most recent calamity connected to Austria's domestic security and intelligence service, the Federal

Bureau for State Protection and Counter-Terrorism, commonly known as the BVT. The so-called BVT-Affair demonstrated some of the inherent problems in Austria's national intelligence culture: lack of cohesion and coordination within the intelligence community, employee quality issues, as well as adherence to old recruiting patterns and historical amnesia, to name just a few. While Beer praises the achievements of the book, its author remains modest about the possible effects of his work on Austria's intelligence establishment or political elites, concluding that he anticipates none.

Nur wenige Tage nach dem Erscheinen seines neuesten Buches *Österreichs geheime Dienste. Vom Dritten Mann bis zur BVT-Affäre* (Wien: Klever Verlag 2019) trafen sich die beiden JIPSS-Mitarbeiter Siegfried Beer und Madeleine Manowarda am 22. Oktober 2019 in Wien mit dem Autor Thomas Riegler, um die Entstehung des Buches und das thematische Umfeld hierzulande mit ihm zu diskutieren.

BEER: Wir würden als Einstieg gerne etwas zum Hintergrund und über die Zugänge zu Ihrem neuen Buch erfragen, aber auch: Wie sind Sie denn überhaupt zu diesem Forschungsbereich gekommen? Der war ja lange exotisch, ist jetzt aber als Subdisziplin Intelligence Studies im Bereich des Faches Internationale Beziehungen in der Literatur, auch im Zeitschriftenwesen schon gut verankert. Gibt es da eine Story dahinter oder war vielleicht das Erleben von 9/11 so ein Kristallisationspunkt?

RIEGLER: 9/11 war eher der Ansporn dazu, mich mit dem Terrorismus-Thema zu beschäftigen, aber nachdem das Thema Nachrichtendienste und Spionage ohnehin ständig in der öffentlichen Debatte und Populärkultur vorkommt, habe ich mir immer mehr die Frage gestellt: Wie schaut das eigentlich in Österreich aus?

BEER: Kann man das zeitlich irgendwie fassen? War das in den 1990er Jahren?

RIEGLER: Das hat mit der Debatte rund um den Kosovokrieg 1999/2000 begonnen, wo im Raum gestanden ist, dass seitens des österreichischen Heeresnachrichtenamtes [HNaA] Informationen an die US- und westliche Dienste geflossen seien.

BEER: Gut, und dann sind Sie draufgekommen: Die Historiker haben sich mit Terrorismus insgesamt und in Österreich in den 1970er und folgenden Jahren nicht wirklich auseinandergesetzt. Es war mehr ein Thema des Journalismus.

RIEGLER: Genau. Es gibt ja eine Reihe von Büchern dazu. Die stammen überwiegend aus den 1980ern und 1990ern und sind vom Stil her journalistisch verfasst. Die Quellen sind nicht offengelegt oder bestehen aus einer Aneinanderreihung von Sekundärliteratur. Als ich dann das Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies [ACIPSS] kennengelernt habe, war das eine zusätzliche Motivation, sich auf das Thema zu fokussieren.

BEER: Ich erinnere mich, wie Sie das erste Mal zu uns gestoßen sind.

RIEGLER: Das war kurz, nachdem mein Buch rund um den palästinensischen Terrorismus in Österreich erschienen ist. 2011 habe ich dann erstmals an einer Konferenz in Graz teilgenommen.



Abb. 1: Siegfried Beer und Madeleine Manowarda im Gespräch mit Thomas Riegler.



Abb. 2: Riegler veröffentlichte 2019 ein neues Buch zu den österreichischen Nachrichtendiensten.

BEER: Ja, ACIPSS ist 2004 erst gegründet worden, und natürlich wurden wir nicht sofort wahrgenommen. Die Zeitschrift ab 2007 hat uns dann bekannter gemacht. Es gibt eine Buch-Literatur zu österreichischen Diensten ja erst seit 1981, insgesamt etwa ein Dutzend Bücher, zumeist – wie gesagt – von Journalisten verfasst, darunter aber auch schon wissenschaftliche Sammelbände. Man brauchte als Spionage-Wissenschaftler gewiss eine Portion Mut, so etwas zu tun, weil wir Historiker ja doch gerne verlässliche Quellen haben zu dem, was wir erforschen. Und da ist natürlich die Situation für Geheimdienstforschung in Österreich eine schwierige, würde ich sagen. Wie empfinden Sie das?

RIEGLER: Im Staatsarchiv/Archiv der Republik kann man fallbezogene Quellen ausheben lassen. Man kann z.B. nach gewissen Schlüsselereignissen Ausschau halten. Dann gibt es noch den Bestand der Bundespolizeidirektion Wien im Wiener Stadt- und Landesarchiv. Dort allfällig vorhandene staatspolizeiliche Akten habe ich für das Buch nicht eingesehen.

BEER: Ich glaube, dass die Innenministeriumsakten, man könnte sagen Sicherheitsakten, schon phasenweise einsehbar sind.

RIEGLER: Die Problematik, die sich oft stellt, ist, dass entweder nur wenige Seiten da sind oder es ist gar nichts vorhanden.

BEER: Ich habe mir Ihr Buch genau angeschaut, den Anmerkungsapparat, also die Endnoten. Sie haben insgesamt 1.250 Endnoten, von denen sind etwa 15% wirklich zu Archiven. Dazu gibt es natürlich über Internet zugängliche Primärquellen, für die man nicht ins Archiv gehen muss, z.B. CIA-Dokumente oder auch die Akten von Untersuchungsausschüssen oder die Sicherheitsberichte des BMI [Bundesministerium für Inneres] seit 2001 oder so. Es ist also ein Buch, das wissenschaftlich fundiert ist, in dem ausgewiesen wird und das vor allem auch von der Sekundärliteratur her ziemlich durchdrungen ist. Also: Hier stellt Ihr Buch einen Durchbruch dar, vor allem auch, weil Sie eine kurze Geschichte der Dienste offerieren. Es fehlen aber, wie gesagt, ganze Bereiche, vor allem auch, wenn man in die Zeit vor 1945 hineingehen will. Das Ganze hat ja eine längere Vorgeschichte, die durch Kontinuität gekennzeichnet ist. Welche Forderungen würden Sie an die österreichischen Verwahrer von Dokumenten stellen, oder, man könnte auch sagen, an die Regierungen, ob Land oder Bund, über Zugänglichkeiten von Informationen, von Quellen, wie sehen Sie das?

RIEGLER: Ich denke, man sollte sich einfach die internationalen Beispiele anschauen, z.B. den Bundesnachrichtendienst [BND], der eine eigene Unabhängige Historikerkommission unterstützt und selbst eine Einheit beschäftigt, die sich mit der Geschichte des BND befasst. Hier sind zwei verschiedene Teams am Werken und da ist mittlerweile eine unglaublich detaillierte Geschichte des BND bis Anfang der 1970er Jahre in mehreren Bänden erhältlich. Dieser ganze Offenlegungsprozess ist sehr stark von den USA inspiriert worden, wo die CIA aufgrund des Nazi War Crimes Disclosure Act sogar gesetzlich gezwungen war, alle ihre Unterlagen zu öffnen, in denen ein Bezug in den Akten der CIA und anderer Dienste, etwa der militärischen oder des Office of Strategic Services [OSS], zu NS-Kriegsverbrechern hergestellt werden kann. Diese große Veröffentlichung – es waren insgesamt angeblich über 8 Millionen Seiten – hat meines Erachtens insgesamt einen Standard gesetzt und andere Dienste haben sich dem irgendwie angeschlossen.

BEER: Ja, das hat Druck gemacht. Das gilt auch für die Situation mit dem Freedom of Information Act, die in Amerika schon lange vorhanden ist, die

zwar mühsam sein kann, aber immerhin, es gibt einen Anspruch, wenn man Informationen haben will. Man muss allerdings beweisen, dass die angepeilte Forschung im öffentlichen Interesse ist. Diese Nazi War Crimes-Gesetzgebung war natürlich wichtig, weniger wegen der CIA, sondern weil sie auf Einzelpersonen bezogen war. Jeder, der irgendwie in die Nähe von Kriegsverbrechen gekommen ist, wurde aufgelistet und dokumentiert, darunter auch einige österreichische Journalisten. Otto Schulmeister z.B. kommt dort vor, mit einem ziemlich großen Bestand. Das wurde ja auch schon aufgearbeitet. Wie schwierig waren die Recherchen für das Buch, das Sie jetzt vorgelegt haben, insgesamt? Wie würden Sie das charakterisieren?

RIEGLER: Die Vorbereitungsarbeiten ziehen sich schon seit mehreren Jahren hin. In Wirklichkeit hat dann die Beschäftigung im BVT-Untersuchungsausschuss [Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, BVT-UsA] die Idee geboren, man könnte dieses aktuelle Kapitel mit der Vorgeschichte verbinden, also in den historischen Kontext bringen. Und dafür habe ich unter anderem das, was ich schon jahrelang gesammelt habe, ausgewertet und stringent erzählt.

BEER: Also das heißt, der große Motivator war der BVT-UsA und die sehr, sagen wir, intensive Beschäftigung von Parlamentariern mit Vorgängen

der jüngsten Vergangenheit, auch mit ein bisschen Vorgeschichte dazu. Und die Zugänglichkeit dieser Akten – Sie waren ja Mitarbeiter im BVT-UsA – das hat natürlich Einblicke gebracht, die für dieses Thema, jedenfalls im Bereich des zivilen Nachrichtendienstwesens, ganz wichtig waren.

MANOWARDA: Zu den militärischen Diensten: Es wäre ja z.B. wirklich kein sicherheitsrelevantes Risiko bekanntzugeben, dass eine staatliche Institution, nämlich das Heeresnachrichtenamt, recherchiert, wie die Umstände in Ländern sind, in die Österreicher als Bundesheerangehörige, Reservisten, Polizisten usw. im Rahmen von UNO-Mandaten in Krisengebiete entsandt werden. Besteht eine Aussicht, Ihrer Meinung nach, dass zumindest die Arbeit des HNaA in Zukunft offener behandelt wird?

RIEGLER: Das glaube ich nicht, weil genau diese Dienste auch eine sehr diskrete Kultur pflegen, gerade in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit. Zumindest das Abwehramt hat mittlerweile eine Kurz-Geschichte online gestellt. Das ist für österreichische Verhältnisse schon ein Fortschritt.

BEER: Es waren ein paar Seiten, nicht viel mehr...

RIEGLER: Wobei beim HNaA sogar lange Zeit das Logo unter „geheim“ fiel, obwohl es mittlerweile bekannt ist. Aber die Internet-Präsenz ist jeweils extrem reduziert, vor allem im Vergleich zu ausländischen Diensten.



Abb. 3: Riegler ist seit Langem bei ACIPSS engagiert. Im Sommer 2019 stellte er seine Forschungen zum „Dritten Mann“ im Haus der Geschichte Österreich in Wien vor.

BEER: Darf ich da einhaken: Das hat eine lange Tradition, ist aber, so weit ich das gesehen habe, auch in diesem Untersuchungsausschuss zum BVT überhaupt nicht zur Sprache gekommen, obwohl ja die Dienste, nimmt man an, unter den neuen Schwierigkeiten der Bedrohung zusammenarbeiten oder vielleicht jetzt erst lernen zusammenzuarbeiten. Aber irgendwie haben die militärischen Dienste es verstanden, dass sie überhaupt nicht ins Gespräch gekommen sind. Also, die Österreicher, die Zeitung lesen oder fernsehen, müssen eigentlich annehmen, es gibt nur einen Dienst, das BVT, aus Schluss.

RIEGLER: Das ist vollkommen richtig. Ich glaube, das war teilweise auch eine politische Rücksichtnahme. Man wollte die beiden Heeresdienste nicht unbedingt vor den Vorhang zerren. Und aus gutem Grund, denn eine Involvierung in die Causa war nicht gegeben. Es hat zwar in der Vorgeschichte die sogenannte Schweinskopffaffäre gegeben, die das Verhältnis zwischen dem steirischen LVT [Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung] und der steirischen Abwehrstelle betroffen hat, aber in die Causa rund um die BVT-Hausdurchsuchung war keine Verbindung gegeben.

MANOWARDA: Das Heeresabwehramt erhebt den Hintergrund von Bewerbern für den Dienst des Bundesheeres. Werden Bundesheerangehörige auch nach ihrer Anstellung laufend überwacht, wissen Sie da etwas darüber?

RIEGLER: Das ist eine Detailfrage, die könnte ich jetzt nicht mit Sicherheit beantworten, das wäre Spekulation, aber wenn man an die Identitäre Bewegung Österreichs denkt, dann ist das sicher eine Priorität, deren Einsickern zu verhindern.

MANOWARDA: Also punktuell und nach Anlass vermutlich.

RIEGLER: Es braucht ja fast immer einen Anlass.

BEER: Und braucht vor allem auch die Unterstützung und das grüne Signal des Rechtsschutzbeauftragten. Da gibt es ja strenge Regeln nach den beiden Staatsschutzgesetzen. Noch ein Wort zur Trennung in polizeilich und militärisch: Die Sicherheit in einem Kleinstaat wie Österreich sollte, glaube ich, unteilbar und etwas Gesamtheitliches sein. Es häufen sich die Hinweise darauf, dass es diesbezüglich noch sehr viel Reformbedarf gibt.

MANOWARDA: Der zentrale Teil Ihres Buches thematisiert die BVT-Affäre und den dazugehörigen BVT-UsA. Ihre Schilderung wühlt auf. Besteht Ihrer Meinung nach die Aussicht, dass als Folge der UsA-

Enthüllungen die geschilderten Rekrutierungsmuster jemals verändert werden, die Posten also mehr nach Kompetenz und weniger nach Parteibuch besetzt werden?

RIEGLER: Das ist genau die Frage: Wie rekrutieren? Wenn man sich z.B. den im Buch behandelten Fall von „Dr. P.“ anschaut, dann ist natürlich auffällig, dass er einerseits einen Hintergrund im Bundeskriminalamt gehabt hat und andererseits schon einige Zeit im BVT tätig war. Warum also soll er nicht die Kompetenz haben für diese Leitungsstelle? Er war damals der einzige Bewerber, aber es bleibt der Eindruck hängen, dass hier sehr wohl eine Art politische Besetzung stattgefunden hat. Wenn sich beispielsweise ÖVP-nahe Spitzenbeamte untereinander vernetzen, ist das die natürlichste Sache der Welt. Zum Problem wird es dann, wenn man dieses Netzwerk heranzieht, um bestimmten politischen Gewinn oder Nutzen daraus zu ziehen, wenn z.B. Ermittlungsergebnisse unter der Hand weitergegeben werden. Da beginnt der Missbrauch oder da wird es zum Problem. Aber natürlich ist der Einzelfall „Dr. P.“ schon symptomatisch, wenn man sich vorstellt, dass er ein persönlicher Freund des damaligen Kabinettschefs und langjährigen Personalchefs des BMI gewesen ist, einen Hintergrund als Mitglied des Kartellverbandes hat und davor als Mitarbeiter von diversen ÖVP-Parlamentariern fungierte. Wenn er dann nachweislich Parteifreunden Informationen abseits der formellen Kanäle anbietet, ist das ein Problem.

BEER: Die Frage ist trotzdem: Ist es symptomatisch oder ist es ein Einzelfall? Der erste Leiter des BVT, Gert R. Polli, hat ja nach seiner Dienstzeit im BVT immer wieder darauf hingewiesen, dass die Personalhoheit im BVT gar nicht gegeben ist und dass die Leute nicht nach Kompetenz, sondern nach Parteizugehörigkeit und von außen vorgeschlagen zum Zug kommen. Andererseits, zu Dr. P.: Er hat immerhin eine Dissertation über ein sicherheitspolitisches Thema geschrieben. Da kann man wohl nicht sagen, er habe überhaupt keinen Bezug.

RIEGLER: Als Verwaltungsbeamter konnte er keine exekutiven Befugnisse ausführen.

BEER: In Ihrem Buch gibt es auch sehr interessante Aussagen und Zitate, ich habe einige Beispiele herausgenommen. So sagen Sie auf Seite 273: „Das BVT verfügt bislang über kein zertifiziertes Aktenverwaltungssystem“... Also, Entschuldigung, das kann man sich ja fast nicht vorstellen! Dass eine

Sicherheitsorganisation, die immerhin, inklusive der Vorphase als Staatspolizei, jahrzehntlang in dieser Republik gewirkt hat, kein funktionierendes Innenarchiv hat.

RIEGLER: Das Problem ist offenbar die eingeschränkte Funktionsfähigkeit des Aktenverwaltungssystems EDIS, das von der Firma Rubicon installiert wurde. Die hat ohne Ausschreibungen diverse Verträge vom BMI übernommen, unter anderem die Schaffung von EDIS. Dieses ist im BVT-UsA mehrmals zur Sprache gekommen und es ist starke Kritik daran geübt worden, vor allem von den

Organisationen“ wären (S. 8) und dass es beispielsweise notwendig wäre, sich gründlich der eigenen Geschichte zu widmen. Das ist ein Thema, das wir Geheimdienstforscher schon länger einfordern. Jede Organisation sollte über ihre eigene Geschichte und ergo auch über ihre eigenen Erfahrungen – egal ob gut oder schlecht – ausreichend informiert sein. Aber das Interesse der österreichischen Dienste an ihrer eigenen Geschichte scheint nicht sehr ausgeprägt zu sein; jedenfalls gibt es keine Einladungen an unabhängige Historiker oder auch keine Angebote wie z.B. in Deutschland zur Aufarbeitung des BND



© David Christopher Jaklin

Abb. 4: Riegler (Mitte) bei der Präsentation seines Buches mit Gregor Stuhlpfarrer (links) vom ORF und dem bekannten Rundfunksprecher Marius Gabriel (rechts).

Mitarbeitern, die damit umgehen müssen. Aber ein Umstellungsprozess, der auch aufgrund des ganzen medialen Wirbels an Fahrt gewonnen hat, soll im Gange sein. Ein weiteres Problem, das man erkannt hat, ist, dass zu wenige Tresore vorhanden waren und man deswegen nicht entsprechend den Vorschriften verwahren konnte. Da gibt es strukturelle Probleme, die hängen mit der Mangelwirtschaft zusammen, die im Innenministerium herrscht.

BEER: Man muss wohl auch sagen, dass in Relation zu vergleichbaren internationalen Diensten die Dotation und die Personalausstattung der österreichischen Dienste nicht so glorreich waren und sind. Aber das hat auch lange Tradition – und bleibt ein Thema. Sie schreiben an einer Stelle, dass das BVT wie auch die militärischen Dienste keine „lernenden

bzw. der Organisation Gehlen, dessen Vorläufers. Dort hat ein Geheimdienstpräsident erkannt, dass das rundherum von Vorteil ist: erstens für das Image in der Öffentlichkeitsarbeit; zweitens für das Wissen innerhalb des Dienstes; und drittens, um auch eine Tradition aufbauen zu können, die vielleicht am Anfang negative Seiten gehabt hat, wo aber insgesamt vielleicht doch die positiven Seiten überwiegen. Und wenn man Wissenschaftler einlädt, das zu erforschen, ist das ein ungeheurer Fortschritt. Einer, den ich mir für Österreich natürlich auch wünsche, bei dem ich mir aber nicht vorstellen kann, dass ich das noch erlebe.

RIEGLER: Dabei fürchte ich allerdings, dass die historischen Unterlagen zum Großteil schon skartiert, sprich: vernichtet worden sind. Also, ich denke, dass



Abb. 5: Das Logo des österreichischen militärischen Auslandsgeheimdienstes wurde von diesem lange selbst als „geheim“ eingestuft.

© österreichisches Bundesheer

das historische Archiv in Wirklichkeit nicht mehr in dem gewünschten Ausmaß vorhanden ist.

BEER: Man skartiert ja Dinge, die man für unwichtig hält, das ist das Eine, oder man hält sie für zu wichtig und will sie sozusagen nicht zugänglich machen und skartiert. Ich habe Polli einmal gefragt, ob er nicht Interesse hätte, dass man die Geschichte der Staatspolizei wissenschaftlich aufarbeitet, und er hat mir geantwortet: nein, da habe er überhaupt kein Interesse. Das Einzige, das ihn wirklich interessierte, sei, was die Stasi in Österreich gemacht hat. Damit haben Sie sich ja auch ein bisschen beschäftigt. Wenn Sie vielleicht auch darauf eingehen: Was kann man als österreichischer ziviler Nachrichtendienst aus der Tätigkeit der Stasi in Österreich lernen?

RIEGLER: Das ist ein sehr interessanter Quellenbestand, weil er eigentlich mehr Wissen offeriert als in vergleichbaren österreichischen Quellen, natürlich durch die Linse eines kommunistischen Geheimdienstes. Also, es ist jetzt kein objektiver Zeitzeuge, der da spricht; das ist alles im typischen Stasi-Sprech abgefasst, aber es ist trotzdem ein Einblick. Da gibt es kein Pendant auf der heimischen Seite, noch nicht. Und es dürfte noch mehr Material geben; z.B. hat auch

die militärische Aufklärung der HVA [Hauptverwaltung Aufklärung] Österreich im Visier gehabt. Also, ich denke, da müsste man fast noch einen eigenen Forschungsantrag nachreichen, weil das nicht alles gewesen sein kann; das waren etwas mehr als 200 Seiten. Aber diese Quelle hat mich nichtsdestoweniger insofern beeindruckt, als da Details enthalten sind, die man nirgendwo sonst findet. Da sind auch Dinge angesprochen worden, z.B. die Vorgänge rund um die Lauschstation Königswarte, die natürlich an Sachen wie der Neutralität rühren, an dem ganzen Selbstbild der Österreicherinnen und Österreicher. Die bringen es da teilweise auf den Punkt. Da muss man dazusagen, dass die Originalquelle hier offenbar von einem anderen osteuropäischen Dienst kommt, und die haben das nur übersetzt.

BEER: Vermutlich geht es da ja nicht darum, was die Stasi-HVA in Österreich herausgekriegt hat, sondern einfach darum, welche Methoden die angewandt haben und was wir darüber gewusst haben. Ich habe ein paar weitere Zitate, die Sie in Ihrem Buch anführen: „Mangel an geschultem Personal“ (S. 46), „Bildungsniveau erschreckend gering“ (S. 47). Das bringt uns auf die Frage, ob es nicht in Österreich – ich vertrete das ja schon lange – geradezu eine Notwendigkeit gibt, eine akademische Ausbildungsstätte für gegenwärtige wie auch zukünftige Nachrichtendienstler oder überhaupt für Leute, die im Sicherheitsbereich tätig sind, zu schaffen. Ob es nicht ein Studienprogramm geben sollte, das eine Art Basis bildet. Wir haben mit ACIPSS durch Lehre und Forschung an der Uni Graz über jetzt 15 Jahre gewissermaßen ein Fundament gelegt, aber das ist noch kein Studiengang. Das wäre dann meiner Vorstellung nach ein Programm, das man z.B. für Leute anbietet, die sich vorstellen können, auf dem Gebiet zu arbeiten, ob im staatlichen oder auch privaten Bereich, vor allem auch als Fortbildungsinstitution. Wie sehen Sie das?

RIEGLER: Die Zitate, die Sie da nennen, betreffen ja die alte Staatspolizei. Und da war es eben so, dass man Kriminalbeamte zugeteilt hat, und die hatten eben keine entsprechende Ausbildung. Und das war eines der strukturellen Defizite. Das BVT ist im Unterschied dazu natürlich schon stärker professionalisiert, aber es ist nach wie vor eine Domäne der Kriminalpolizei. Und daher sehe ich hier vor allem ein Mentalitätsproblem, dass es diesen Beamten ein bisschen an Bewusstsein dafür fehlt, dass sie auch aus der Geschichte ihrer Institution einen konkreten

Nutzen ziehen könnten. Sie sehen es als Ablenkung vom täglichen Geschäft, und das ist ja auch eines der Hauptprobleme, die man in der Auseinandersetzung mit diesen Diensten hat. Die sind vom Tagesgeschäft so stark okkupiert, dass scheinbar keine Zeit mehr für die Beschäftigung mit der Vergangenheit bleibt.

BEER: Irgendwo im Buch sagen Sie, dass es im BVT immerhin so ein Dutzend Akademiker gibt, von insgesamt 400 bis 500 Mitarbeitern.

RIEGLER: Nein, das hat sich nicht auf das BVT bezogen, da ist das Niveau relativ hoch. In den letzten Jahren hat sich der Staatsschutz in Österreich durchaus weiterentwickelt. Aber wenn man nicht zur Polizei gehört, wird man immer außerhalb stehen. Das ist immer der kulturelle Konflikt zwischen Leuten aus dem Bereich der Kriminalpolizei, also den Cops, und den Verwaltungsbediensteten. Und je mehr Verwaltungsbeamte da hineingestoßen sind, umso mehr hat es zu internen Konflikten geführt, also zwischen der Analyse und den Leuten fürs operative Geschäft. Das ist im Grunde ein ständiger Konflikt in Nachrichtendiensten, zwischen der Analyse und den operativen Elementen.

BEER: Aber die sollten ja doch nicht durch eine Mentalität getrennt sein, sie sollten eigentlich eine gemeinsame Mentalität haben.

RIEGLER: An Aussagen im BVT-USA hat man erkannt, dass viele von den alten Hasen aus der früheren Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus stammen, und die grenzen sich gegenüber den zivilen Neuzugängen ab. Das sind richtig unterschiedliche Kulturen, die da aufeinandertreffen. Es hängt wahrscheinlich auch mit dem Bildungsweg zusammen, den die Leute eingeschlagen hatten. Im BVT dominieren die Juristen, wie ja überhaupt in den Polizei-Eliten. Das gibt einem eine spezifische Sichtweise auf den Weg.

BEER: Also, ein guter Analyst muss mit Sicherheit kein Jurist sein, ganz im Gegenteil: Juristen haben oft eine verengte Sicht auf Themen durch ihre Ausbildung und durch ihre enge Konzentration auf das gesetzliche Detail. Mir ist übrigens beim BVT auch aufgefallen, wie penibel man rechtlich nach dem Gesetz vorgeht und weniger nach der Problemlage. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass die gesetzlichen Grundlagen, die Befugnisse, nicht so waren, wie man es brauchte. Und da hat das polizeiliche Staatsschutzgesetz ja durchaus Verbesserungen gebracht. Und jetzt frage ich Sie: Was sollen die Dienste, die Leiter der Dienste, die Abteilungsleiter, was könn(t)en die eigentlich aus

Ihrer Darstellung mitnehmen, also lernen?

RIEGLER: Mit diesem Anspruch trete ich nicht auf, muss ich ehrlich sagen.

BEER: Mir ist das schon klar, Sie sind ein bescheidener Mensch. Aber in Ihrer Einschätzung: Welche Lernnotwendigkeit gäbe es?

RIEGLER: Ich glaube nicht, dass das Buch irgendwie einen Anstoß dazu liefern wird. Ich schätze das als marginal ein, so ehrlich muss man sein. Ich denke eher, dass da die Verärgerung überwiegt, dass man das Ganze wieder zum öffentlichen Thema macht, weil, wie gesagt, die Dienste eher die Friedhofsruhe vorziehen. Und nachdem jetzt der BVT-USA ausgestanden ist, hat man sich wahrscheinlich darauf gefreut, mit dem Thema länger nicht mit der Öffentlichkeit in Kontakt treten zu müssen. Die Arbeit soll im Kämmerlein erledigt werden und möglichst ohne Intervention von außen!

BEER: Man sollte aber doch bedenken, dass wir in einer relativ reifen Demokratie leben, wo der Staatsbürger ein Recht hat zu erfahren, was diese Dienste wirklich tun, leisten und warum sie wichtig sind. Es geht nicht um die Methoden dazu.

RIEGLER: Es müsste in der gesamten Verwaltung ein Kulturwandel stattfinden, weil ja Transparenz in Österreich generell ein Fremdwort ist.

BEER: Man redet jetzt wenigstens darüber und in die Richtung Lüftung des Amtsgeheimnisses wird es wohl gehen müssen.

MANOWARDA: Der interimistische Innenminister der Beamtenregierung Dr. Wolfgang Peschorn überraschte vor einiger Zeit mit der Absicht, das BVT so schnell wie möglich auf eine neue Grundstruktur zu bringen. Gibt es auch nur kleinste Anzeichen für das Bestreben in irgendeiner Partei, das BVT ähnlich wie den deutschen BND zu organisieren, z.B. mit ganz offiziell auf der Homepage angebotenen Bewerbungs- und Ausbildungsmöglichkeiten?

RIEGLER: Ein konkreter Vorschlag ist von der ÖVP im jüngsten Wahlkampf gekommen, und zwar eine Umbildung nach Schweizer Vorbild. Dann wäre praktisch das BVT, so wie der dortige Nachrichtendienst des Bundes, an das Bundeskanzleramt automatisch angebunden und dadurch würde auch eine Aufwertung stattfinden. Im Moment ist es ja praktisch nur der Sektion 2 der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit untergeordnet und dadurch kommt der Direktor des BVT in Wirklichkeit kaum mit den politischen Entscheidungsträgern in Kontakt. Würde das jetzt nach Schweizer Vorbild –

wenn wirklich die Reise dorthin geht – umgesetzt, dann würde das schon bedeuten, dass die Relevanz des Nachrichtendienstes steigt. Aber noch ist völlig offen, in welche Richtung es gehen soll.

BEER: Immerhin eine Orientierung auf internationale Modelle.

RIEGLER: Ja, in dem ÖVP-Papier zur Nationalratswahl 2019 steht recht neutral formuliert, dass man sich bei der Reform der österreichischen Nachrichtendienste „an internationalen Vorbildern orientieren“ werde, und in einem Interview hat Sebastian Kurz gesagt, dass die Schweiz ein solches Beispiel wäre.

BEER: Aber sie wissen ja, was die Schweiz gemacht hat?

RIEGLER: Es würde eine Systemrevolution bedeuten.

BEER: Eine Revolution, die man nicht so leicht über die Bühne bringen wird können. Es wäre eine Fusion der drei Dienste, das ist fast undenkbar bei uns. Ich glaube, es ist auch nicht notwendig. Aber die Konzentration der Verantwortung im Bundeskanzleramt wäre schon sehr wichtig. Das heißt, man muss den zwei Ministerien – und in Wirklichkeit sind ja Außenministerium und Justizministerium auch eng mit nachrichtendienstlichen Themen verwoben – einen Koordinator vorsezen. Naja, wir werden sehen, vielleicht gibt es da einen Anstoß in diese Richtung.

RIEGLER: Was es auch bräuchte, wäre ein gesamtstaatliches Lagezentrum, wo alle Stakeholder an einem Tisch sitzen und sich austauschen. Über einen Koordinator ist ja auch schon mehrmals gesprochen worden. Aber wenn es, wie gesagt, nach Schweizer Vorbild ginge oder so wie in Deutschland beispielsweise, ist zentrale Koordination mit dabei.

BEER: In Deutschland gibt es diesen Koordinator im Bundeskanzleramt.

RIEGLER: In der Schweiz ist das Verteidigungsministerium zuständig.

BEER: Es gibt sogar Staaten, wo es einen Minister für Nachrichtendienste gibt, aber bei diesen Staaten geht es natürlich um andere Bedrohungen. Ein weiteres Argument, das wir von ACIPSS immer vertreten haben, ist die Notwendigkeit, Sicherheit ganzheitlich zu sehen. Also nicht zu trennen in militärische und in zivile, sondern zu berücksichtigen, dass das einfach sehr eng verflochten ist und dass es auch nicht sinnvoll ist, die Kontrolle aufzuteilen in einen militärischen Unterausschuss und einen polizeilichen Unterausschuss, den Innenministeriumsausschuss.

Wie sehen Sie das? Kann man aus der Geschichte der österreichischen Dienste lernen, dass hier etwas Neues entstehen sollte?

RIEGLER: Man sollte sich da wiederum Deutschland zum Vorbild nehmen und in Richtung eines parlamentarischen Kontrollgremiums gehen, wo die Kompetenzen viel stärker ausgeprägt sind und wo dann die Möglichkeit besteht, nicht nur anlassbezogen, sondern begleitend Kontrolle durchzuführen. Außerdem muss der Rechtsschutzbeauftragte gestärkt werden, etwa indem man ihn an das Parlament anbindet.

BEER: Zudem sind unsere einschlägigen Unterausschüsse ja nicht wirklich auf die Tätigkeit und Rolle der jeweiligen Nachrichtendienste fokussiert, während z.B. in Amerika im Kongress in beiden Kammern Intelligence der Fokus des jeweils zuständigen Unterausschusses ist.

RIEGLER: Und die Transparenz ist auch eine völlig andere. Das ist bei uns ja alles geheim und diese Sitzungen werden nur zu gravierenden Anlassfällen einberufen.

BEER: Und meistens geht es nur um politisches Kleingeld und nicht um sozusagen eine Klärung der strukturellen Hintergründe oder Reformen.

RIEGLER: Das sind meistens nur Kurzreferate der eingeladenen Persönlichkeiten. Die politische Kontrolle kann man nur als zahnlos bezeichnen.

BEER: Es ist ja auch der Nationale Sicherheitsrat eine Alibi-Institution, die wirklich nicht zur tieferen Diskussion über Sicherheitsfragen insgesamt beiträgt und die vor allem nicht zu mittel- oder langfristigen Konzepten in der Sicherheitspolitik führt. Wir haben noch ein paar Fragen bzw. Themen, die bei uns als Miscellanea aufscheinen.

MANOWARDA: Wie schätzen Sie die bisherige Arbeit von Peter Pilz ein, auf dessen Insiderwissen und parlamentarische Aufdeckungsarbeit die Öffentlichkeit in Zukunft wohl verzichten muss? Sie haben ihn im BVT-USA nun auch hautnah erlebt.

RIEGLER: Es stimmt, er hatte gute Quellen, die ihn da versorgt haben. Allerdings muss man dazu auch sagen, dass in der öffentlichen Debatte die Enthüllungen oft ihm zugeschrieben wurden. Das war de facto nicht so. Die Sozialdemokratie hat von Anfang an die stringenteste Erzählung gehabt, rund um die ganze Causa. Irgendwie, fast aus einem Reflex heraus, wurde vieles fast schon automatisch dann Peter Pilz zugeschrieben, weil er als Aufdecker der Nation gilt.

BEER: Das heißt, man wird das Aufdeckungs-wesen durch das Abhandenkommen des Herrn Pilz auf eine breitere Basis stellen können.

RIEGLER: Wenn der Herr Pilz bei seinen Ankündigungen bleibt, dann ist er ab sofort Journalist. Er hat diese Medienplattform „Zackzack“. Ich glaube, er wird so weitermachen wie bisher. Allerdings ist es mit der parlamentarischen Immunität vorbei und das wird gewisse Einschränkungen bringen.

BEER: Ja, das bringt Probleme für ihn.

MANOWARDA: Könnte es sein, dass in Österreich agierende ausländische Dienste härtere, auch gewalttätige Aktionen in Österreich vermieden haben und weiterhin vermeiden werden, um sich diesen gemüthlichen Platz für ihre Geschäfte nicht zu verderben?

RIEGLER: Das kann natürlich schon ein Kalkül sein, aber man muss bedenken, dass z.B. beim Mord an dem tschetschenischen Menschenrechtsaktivisten Umar Israilov Anfang 2009 diese Grenze bereits überschritten worden ist. Nur, damals hat man das sehr diskret gelöst und zugleich die politischen Verbindungen dahinter kaum aufgeklärt. Ich denke, dass das Risiko steigt, dass man solche Sachen in Zukunft öfter erleben wird. Schlicht, weil die Risikobereitschaft zunimmt und weil das Gentlemen's Agreement – dieses informelle Regelwerk, das es im Kalten Krieg noch gegeben hat – immer weniger zählt.

BEER: Sie erwähnen in Ihrem Buch auch, dass es in Österreich sehr wohl Personen gibt – über einen Zeitraum von fünf-sechs Jahren immerhin an die 1.000 – die irgendwie mit terroristischen Umtrieben in Verbindung zu bringen sind. Kann man daraus ablesen, dass auch in Österreich eine terroristische Bedrohung kontinuierlich vorhanden ist? Daher auch heute und morgen?

RIEGLER: Die ist in jedem Fall latent vorhanden. Das Potenzial hat man ja gesehen, weil Österreich bei jenen, die freiwillig in den „Islamischen Staat“ reisen wollten, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zu den am stärksten betroffenen Ländern gezählt hat – gleich nach Belgien. Es gibt auch die starke Präsenz von vor allem bosnischen Salafisten in Wien, wie man an jenem Verfahren sieht, das gerade in Graz stattfindet. Und auch die Verbindung zum Westbalkan und zu den dortigen Netzwerken ist gegeben. In Österreich ist demnach ständig eine latente Bedrohung vorhanden, aber im Vergleich zu anderen Ländern ist es bisher relativ friedlich geblieben.

BEER: Kann man das als Erfolg der Dienste ansehen?

RIEGLER: Das kann man schon den Diensten als Erfolg anrechnen. Die italienischen rechnen sich das auch sehr stark als ihren Erfolg an, dass Italien z.B. ebenfalls verschont geblieben ist.



Abb. 6: Gesprächspartner über viele Jahre: Riegler und Beer im Gespräch bei der IIHA-Konferenz 2018 in Graz.

BEER: Und ein größtmäßig vergleichbares Land wie Belgien hat eine ganz andere Situation. Dort gab es massive Anschläge.

RIEGLER: Aber Belgien war in Wirklichkeit ein Rückzugsraum für die Täter der Anschläge, die in Frankreich passiert sind. Als dann der Fahndungsdruck gestiegen ist, wurde in Brüssel losgeschlagen, etwa mit dem Flughafentat. Das ist natürlich ein Risiko, das auch in Österreich bestünde.

BEER: Und es gibt auch Probleme in den Niederlanden, z.T. auch in den skandinavischen Ländern. Das sind von der Größe und in der Bedeutung in der internationalen Politik her mit Österreich vergleichbare Länder. Also, unsere Anschläge sind ja prä-dschihadistisch, könnte man sagen, weil sie in den 1970er Jahren stattfanden und ein bisschen in den 1980ern, aber gefährdet sind wir.

RIEGLER: Es hat z.B. diesen einen Messerangriff vor der iranischen Botschaft gegeben, den würde ich schon in den Bereich politischer Islamismus einreihen.

BEER: Noch zwei Fragen zu Ihrem neuen Werk: Was würden Sie meinen, sind die wichtigsten Erkenntnisse, die aus Ihrem Buch fließen?

RIEGLER: Das ist natürlich eine große Frage.

BEER: Anders formuliert: Wo haben Sie neue Einsichten und Hinweise bieten können?

RIEGLER: Es geht vor allem um einige prominente Fälle, z.B. den Tod des ehemaligen Verteidigungsministers Karl Lütgendorf, über den im Boulevard oder auch im „Tatort“ teilweise falsche Informationen verbreitet worden sind. Da gibt es solche Mythen der Zeitgeschichte und da zählt der auf jeden Fall dazu. Und ich habe versucht, das auf der Basis der wenigen zur Verfügung stehenden Seiten ein bisschen geradezurücken. Ähnlich gelagert ist der ganze Komplex „Toplitzsee“, den ich persönlich hochspannend finde. Da kursieren in der öffentlichen Auseinandersetzung seit Langem Schauergeschichten rund um angeblich versenktes Nazigold und andere NS-Machenschaften. Es geht mir hier einerseits um Aufklärung und andererseits darum, Ergebnisse des BVT-UsA bereitzustellen, weil es für die Öffentlichkeit teilweise schwierig war, der Causa laufend zu folgen, während sie sich entwickelt hat. Man braucht da ein gewisses Basiswissen. Ich glaube, es ist ganz gut, wenn man die Sache einmal von vorne bis hinten auserzählt.

BEER: Hatten Sie im BVT-UsA den Eindruck, dass hier Politiker tätig waren, die von dem Geschäft auch etwas verstehen?

RIEGLER: Ja, ich glaube, das Niveau war hoch, muss ich sagen.

BEER: Durch alle Parteien hindurch?

RIEGLER: Ja, ich würde schon zu diesem Befund kommen, mit Abstrichen natürlich. Es war im Grunde einer der erfolgreichsten Ausschüsse der letzten Jahre.

BEER: Wo sehen Sie die wichtigsten Forschungsdesiderata für die nächsten Jahre oder anders gefragt: Was haben Sie als Nächstes vor?

RIEGLER: Gute Frage! Im Grunde geht es darum, dort weiter anzusetzen, wo jetzt noch die weißen Flecken auf der Landkarte sind – und die sind ziemlich groß – und je nach Möglichkeit zu versuchen, dranzubleiben und weiter etwas abzutragen. Und dieses Buch war sozusagen der Versuch, abzuklären: Wo wissen wir schon etwas und wo wissen wir überhaupt noch nichts? Und die Unmöglichkeit, im jetzigen Stadium eine Organisationsgeschichte zu erzählen, die habe ich herausgearbeitet. Herausgekommen ist dabei eine anekdotische Aneinanderreihung von gewissen Ereignissen, die aber jedes für sich auch zum Gesamtthema beitragen.

BEER: Vor allem im dritten Kapitel.

RIEGLER: Die ganze Geschichte lässt sich eben noch nicht erzählen. Aber es soll auch eine Art Anstoß für die Kollegenschaft in der Disziplin sein, den Ball aufzunehmen.

BEER: Wenn der Herr Innenminister, der gegenwärtige, also Wolfgang Peschorn, auf Sie zukäme: „Herr Riegler, wir brauchen eine Geschichte der Staatspolizei. Ich Sorge dafür, dass Sie Zugang zu den Akten haben.“ Hätten Sie Lust darauf?

RIEGLER: Da sehe ich leider keine realistische Chance, dass es jemals so stattfinden würde.

BEER: In Großbritannien stand, wie Sie wissen, bis in die 1990er Jahre Geheimnistuerei am Programm; die britische Regierung hat sich sogar geweigert zuzugeben, dass es in England Geheimdienste gibt. Und jetzt gibt es schon offizielle Geschichten, wo jeweils ein Historiker beauftragt wurde: eine MI5-Geschichte, eine MI6-Geschichte und eine Geschichte des GCHQ [Government Communications Headquarters] zu schreiben, mit freiem Zugang zu den Akten. So etwas könnte theoretisch auch in Österreich irgendwann einmal irgendjemandem einfallen. Sei es an der Spitze der Ministerien oder an der Spitze der Dienste. Aber es ist wohl noch lange nicht so weit. Haben Sie eine persönliche Bekanntschaft mit den Leitern der drei österreichischen Dienste?

RIEGLER: Überhaupt nicht. Ich habe zwar die Herrschaften im Ausschuss erlebt und es war ein sehr interessanter Einblick, aber fürs Persönliche war dort weder Gelegenheit noch Anlass.

BEER: Immerhin gibt es ein vergleichbares Land, nämlich die Niederlande, wo es eine Vereinigung von Geheimdienstforschern und Geheimdienstveteranen gibt, d.h. in der Mitgliedschaft dieser Arbeitsgemeinschaft müssen 50% Wissenschaftler sein, 50% ehemalige Geheimdienstler. Das ist bzw. wäre doch eine unglaublich fruchtbare Basis, in eine kontinuierliche Diskussion über Sicherheitsfragen im geheim- und nachrichtendienstlichen Bereich zu treten.

RIEGLER: Es gibt beispielsweise einen Stammtisch ehemaliger Staatspolizisten, von dem ich Kenntnis erhalten habe. Jemand, der dort dabei ist, hat versucht, mich dort einzuführen. Das ist aber gescheitert.

BEER: Keine Chance! Und Österreich und die Niederlande sind international durchaus vergleichbare Länder. Die Skandinavier sind da sicherlich auch zugänglicher. Das Verhaften in alten Denkmustern und Kulturen – kann man fast sagen – der Nachrichtendienste, das ist schon sehr frappant in diesem Land. Vielleicht kann Ihr Buch doch etwas bewirken. Fast jedes Buch über die Dienste in Österreich war wenigstens kurzfristig ein Bestseller. Also, man wird das wahrnehmen, man wird das beachten und man kann sich nur wünschen, dass die eine oder andere Konsequenz gezogen wird oder zumindest auch einmal ein Gespräch gesucht wird zwischen Praktikern und Wissenschaftlern.

RIEGLER: Das ist genau das Problem. Die ersten Fragen, die dann von deren Seite kommen würden, wären: „Brauchen wir das wirklich? Wozu ist das gut?“ Die wollen immer ...

BEER: ... die unmittelbare Nützlichkeit erkennen. Weil es halt an einem Gesamtblick fehlt, schon gar an einem internationalen, und weil auch in Österreich das Vergleichen von Systemen und Arbeitsmodellen nicht wirklich sehr populär ist. Jetzt sind wir schon 25 Jahre bei der EU und es ist noch nicht wirklich im Gehirn des Österreicher, dass man eigentlich schauen

könnte, wo Good und Best Practice stattfindet, und dass man dann vielleicht Schlüsse für die eigene Tätigkeit zulässt. Das ist eben eine österreichische Eigenart. Wenn man mehr ins Ausland blickte – Deutschland, England, Skandinavien, Niederlande – würde man sehen, dass es Wege gibt, die Vorteile bringen könnten, vor allem auch beim öffentlichen Image. Denn das Image der Dienste hierzulande ist nicht gut. Der BVT-Skandal hat das noch weiter verschlechtert und man müsste jetzt eigentlich gegensteuern. Der jetzige Innenminister ist offensichtlich bereit und vielleicht auch fähig, das zu probieren.

RIEGLER: Ja, ich denke, er war vielleicht etwas vorschnell bei der Sache.

BEER: Es soll eine diesbezügliche Kommission geben.

RIEGLER: Herr Peschorn erwartet sich da wahrscheinlich doch zu viel, dass das in so kurzer Zeit passieren kann.

BEER: Noch eine persönliche Frage: Unsere Beziehung ACIPSS-Riegler ist schon länger eine fruchtbare. Haben Sie eine Vorstellung, wie man unsere gemeinsamen Anliegen und Tätigkeiten irgendwie stärken könnte in diesem Land, durch Maßnahmen oder auch durch institutionelle Veränderungen?

RIEGLER: Wenn es wirklich möglich wäre, an der Donau-Universität Krems einen Master in „Intelligence, Terrorism and Security Studies“ zu verwirklichen, das könnte, denke ich, wirklich einen guten Weg in die Zukunft darstellen.

BEER: In Deutschland ist Derartiges schon an der Universität der Bundeswehr München und an der Hochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung in Brühl eingerichtet worden. Ich lege da auch meine Hoffnung hinein, denn der BVT-USA hat die Notwendigkeit für so eine grundlegende Akademisierung des Nachrichtendienstwesens in Österreich deutlich aufgezeigt. Das gilt m.E. für die militärischen Dienste nicht weniger als für die zivil-polizeilichen Institutionen BVT und Bundeskriminalamt.

MANOWARDA: Herr Kollege Riegler, wir danken für das Gespräch.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1 Foto: Archiv Siegfried Beer.

Abb. 2 Buchcover: Österreichs Geheime Dienste, Klever Verlag.

Abb. 3 Foto: Archiv David Christopher Jaklin.

Abb. 4 Foto: Archiv David Christopher Jaklin.

Abb. 5 Logo: Heeres-Nachrichtenamt (HNnA), public domain, via Wikimedia Commons, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:HNnA_-_Abzeichen.png.

Abb. 6 Foto: ACIPSS Archiv